

Mehrheit stimmt für „Neuland“

In Au werden ab 2017 wahrscheinlich unbegleitete minderjährige Ausländer wohnen / Viele Vertragsdetails noch offen

Von Julius Steckmeister

AU. Ausführlich war in Au im Vorfeld der jüngsten Gemeinderatssitzung über eine mögliche Belegung des Neubaus an der Dorfstraße gesprochen worden. Sowohl in einer nicht-öffentlichen Arbeitssitzung als auch in einer Bürgerinformationsveranstaltung hatte der Verein „Neuland – für Kinder und Jugendliche im Breisgau“ sein Konzept zur Betreuung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern (UMAs) vorgestellt (die BZ berichtete). Letztlich gelang es Verein und Verwaltung, den Großteil der Volksvertreter zu überzeugen.

Wenig Erfreuliches berichtete Bürgermeister Jörg Kindel von der Bürgermeisterversammlung der Kreisgemeinden, die am Vortag stattgefunden hatte. Unter anderem war über die Anrechnung unbegleiteter Minderjähriger auf die Zahl der von den Kommunen unterzubringenden Flüchtlinge debattiert worden. Letztlich hatte sich die Mehrheit für 50 Prozent ausgesprochen. „Ich bin nicht so glücklich“, gestand Kindel. Bei der geplanten Unterbringung von acht UMAs würden

damit vier angerechnet. Weitere drei Personen – hier hatten sich die Bürgermeister auf zehn Prozent geeinigt – könnten aus der Behelfsunterkunft Merzhausen/Au dazugezählt werden. „Damit hätten wir für 2017 unsere Quote erfüllt“, sagte Kindel. Jedoch gebe es zwei Unsicherheiten: Zum einen seien nicht alle Gemeinden in der Versammlung vertreten oder bis zum Schluss anwesend gewesen, zum anderen gelte die Vereinbarung zunächst nur fürs kommende Jahr. „Dennoch könnte ein Vertrag mit ‚Neuland‘ zustande kommen, aber wir müssen unsere Quote unterbringen.“ Kindel regte an, im Beschlussvorschlag eine mögliche Mischbelegung des Hauses aufzunehmen.

„Die Quote war eine wesentliche Entscheidungsgrundlage“, mahnte Silke Bannasch (WV) an. Zudem sorgte sich die Mutter von drei Töchtern um eine Bildung sehr junger Männer. Sie regte an, die Entscheidung über die Belegung auf den Januar zu verschieben, um einige Fragen nochmals aufzuarbeiten. Ein Sonderkündigungsrecht aufgrund der „unsicheren Zahlen“ wünschte sich Klaus Asaf (CDU) für den Mietvertrag mit „Neuland“, den er grundsätzlich befürwortete. Eine solche Regelung sei nicht möglich, da der

Verein auch Sicherheit bräuchte. Allerdings könne man über eine Vertragsdauer von drei statt fünf Jahren nachdenken, regte Jörg Kindel an. Ebenfalls für UMAs sprach sich Frieder Bächler (WV) aus, der zu bedenken gab, dass auch das Gros der Flüchtlinge, die der Gemeinde zur Anschlussunterbringung zugewiesen werden würden, junge Männer seien. Er sprach sich jedoch dafür aus, mindestens eine der sechs Wohnungen für andere Flüchtlinge vorzuhalten.

Gemeinde mietet Gebäude an

„Das Konzept erzeugt viel Angst“, gestand Ursula Gottschall (WBU). Belästigungen von Frauen könnten jedoch auch von älteren Flüchtlingen ausgehen. Bei den UMAs gebe es die 24-Stunden-Rufbereitschaft von „Neuland“. Dieter Bauer und Florian Schneider (beide CDU) wollten das Haus aus Platzgründen „lieber normal“ mit zwölf Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung belegen. Dies sei den Bürgern auch so versprochen worden, sagte Bauer. „Hier möchte ich den Fahrweg nicht total ändern.“ Auf den Sicherheitsaspekt hob Matthias Seelmann-

Esgebert (WBU) ab. Die Flüchtlinge in Anschlussunterbringung könne man sich zwar nicht aussuchen, aber im Zuge des Asylverfahrens seien ihre Personalien überprüft, Alter und Herkunft geklärt worden. Dies sei bei UMAs nicht der Fall, gab er mit Blick auf den im Freiburger Mordfall verdächtigen Hussein K. zu bedenken. Robert Minardi von „Neuland“ widersprach: Gehe alles seinen geregelten Gang, würde vom jeweiligen Vormund des UMA ein Asylantrag gestellt, der eine Überprüfung nach sich ziehe.

„Das Geld darf nicht die entscheidende Rolle spielen“, stellte Jörg Kindel klar. Bei beiden Belegungskonzepten seien die Mietkosten der Gemeinde, die das Gebäude vom Investor anmietet, gedeckt. Er machte deutlich, dass „Neuland“ bereit sei für „flexible Lösungen“, die vertraglich ausgearbeitet würden. Käme eine vertragliche Einigung mit dem Betreuungsverein zustande, müsse das Vertragswerk ohnehin noch vom Gemeinderat abgesegnet werden. „Wenn der Vertrag nicht mehrheitsfähig ist, kommt eben doch die Anschlussunterbringung“, schloss der Bürgermeister. Letztlich sprachen sich sieben Räte für und vier gegen die Verhandlungen mit „Neuland“ aus.